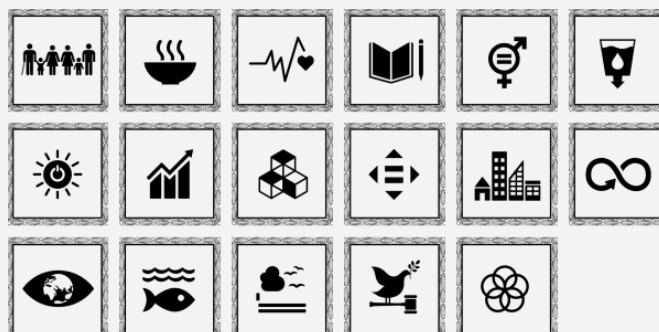


Zwischenbilanz zum Aktionsplan 2021–2026 der Strategie Nachhaltige Ent- wicklung 2021–2031



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

**Direction du développement territorial, des infrastructures, de la
mobilité et de l'environnement DIME**
Raumentwicklung, Infrastruktur, Mobilität und Umwelt RIMU

Inhaltsverzeichnis

1	Hintergrund.....	3
2	Zielerreichung und Wirkung.....	3
2.1	Erkenntnis: Eine Dynamik des Wandels wurde ausgelöst	3
2.2	Wirkung: Nachhaltigkeit wird zur Angelegenheit aller	5
2.3	Konkrete Ergebnisse für die Freiburger Bevölkerung und die Wirtschaft	6
2.4	Feedback der Projektträgerinnen und -träger: Was hat funktioniert, was weniger gut?	9
3	Die Herausforderungen: Viele Gründe zum Handeln	10

Nachhaltig zu handeln bedeutet, mit Vernunft und Verantwortung zu handeln: Es geht darum, die für unser Leben unverzichtbaren natürlichen Ressourcen zu schützen und eine Gesellschaft zu schaffen, in der alle ihren Platz haben. Um die Grenzen unseres Planeten zu respektieren und zugleich jedem Menschen heute und in Zukunft den Zugang zu den Grundbedürfnissen zu sichern, müssen wir umdenken. Die nachhaltige Entwicklung ist ein in der Freiburger Verfassung verankertes Staatsziel, das durch die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2021–2031, die sich an der Agenda 2030 der UNO orientiert, konkretisiert wird. Zwei Aktionspläne, der erste für den Zeitraum 2021–2026 und der zweite für 2027–2031, legen die Umsetzung der Massnahmen im Detail fest. Die vorliegende Bilanz für den Zeitraum 2021–2024 gibt einen Überblick über die Zielerreichung und Wirkung des ersten Aktionsplans.

Die Herausforderungen sind gross, doch zeigt die Umsetzung des Aktionsplans 2021–2026 Wirkung. Dieser erste Aktionsplan hatte das klare Ziel, als Katalysator für Veränderungen zu wirken. Er sollte nicht innerhalb weniger Jahre alles verändern, sondern innovative Impulse für die Politik geben, Ideen testen und eine neue Normalität entstehen lassen.

2.1 Erkenntnis: Eine Dynamik des Wandels wurde ausgelöst

Einige der bereits 2021 lancierten Massnahmen haben sich etabliert. Sie wurden in die staatlichen Tätigkeiten integriert oder stehen kurz davor und benötigen keine Steuerung oder Förderung mehr durch den Aktionsplan. Es handelt sich um solide Errungenschaften und **Erfolge**, die zu den folgenden Ergebnissen geführt oder dazu beigetragen haben:

- > der kantonale Klimaplan;
- > die kantonalen Biodiversitätsstrategie;
- > die Umwandlung der Kategorie «Cleantech» des IFF-Preises (Innovation Fribourg Freiburg) in die Kategorie «Sustainability»;
- > die Schaffung einer Schulung im Bereich nachhaltige öffentliche Beschaffung, die in den Ausbildungskatalog des Kantons aufgenommen wurde;
- > das Inkrafttreten der Verordnung über die Nachhaltigkeitsgovernance, die insbesondere ein internes Netzwerk von Ansprechpersonen für Nachhaltigkeit vorsieht;
- > die Umsetzung von Nachhaltigkeitsindikatoren, die mit den anderen Kantonen abgestimmt sind;
- > die Verpflichtung, nach einer Pilotphase die Kriterien des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) für Neubauten des Staats einzuhalten (über die neue Immobilienstrategie des Staats Freiburg 2022–2035 und die Richtlinie des Hochbauamts für die Nachhaltigkeit von Staatsgebäuden);

- > die Integration der Bildung für nachhaltige Entwicklung in das Gesundheitskonzept für Schulen;
- > die Einrichtung der Plattform Star'Terre für kurze landwirtschaftliche Lieferketten, bei der der Kanton eine aktive Rolle gespielt hat und weiterhin spielt;
- > ein erfolgreiches Pilotprojekt mit Kursen zum umweltbewussten Fahren für Nutzerinnen und Nutzer von Staatsfahrzeugen, welches dazu geführt hat, dass dies in den Entwurf der neuen Verordnung über den Kauf der staatlichen Fahrzeuge als obligatorische Bestimmung aufgenommen wurde.

Weitere Initiativen haben zwar gut begonnen – teilweise in Form von Pilotprojekten –, müssen aber weiterhin unterstützt werden, damit sie sich dauerhaft etablieren können. Sie haben ihr Potenzial unter Beweis gestellt, sind jedoch noch nicht ausgereift. Es handelt sich um vielversprechende Massnahmen, die in den neuen Aktionsplan 2027–2031 aufgenommen werden, entweder um finalisiert zu werden oder mit dem erklärten Ziel, sie – oder ihre Ergebnisse – bis 2031 in die reguläre Tätigkeit der zuständigen Direktionen zu integrieren, und zwar mit geringen oder gar keinen Kosten, da der Grossteil der Arbeit bereits geleistet ist.

Ein paar wenige Initiativen blieben ohne Erfolg. Sie stiessen auf strukturelle Hindernisse oder die richtigen Voraussetzungen waren nicht gegeben. So musste beispielsweise die Koordinierung der Gesundheits- und Umweltstatistiken aufgrund zu grosser methodischer Unterschiede aufgegeben werden. Diese Fälle sind zwar selten, verdeutlichen jedoch einen wichtigen Aspekt des Aktionsplans: Er ist auch ein Experimentierfeld, in dem gewisse Risiken eingegangen werden, im Wissen, dass nicht alle Versuche zum Erfolg führen.

Bestimmte Massnahmen zeigten sofort die beabsichtigte Wirkung und waren ein voller **Erfolg**. Eine Fortführung ist daher nicht erforderlich. Zu diesen Massnahmen gehören:

- > die Sensibilisierungsvideos zum Thema Bodenschutz;
- > die Unterstützung bei der Gründung der Freiburger Lebensmittelbank;
- > die interaktive Ausstellung zum Thema häusliche Gewalt, die über mehrere Jahre hinweg zu sehen war und von mehreren Tausend Personen besucht wurde;
- > die Ernennung einer Lehrkraft, die für die Bildung für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der pädagogischen Ausbildung an der Universität zuständig ist;
- > die Einrichtung einer dienststellenübergreifenden Beratungsstelle für Schadstoffe in der gebauten Umwelt;
- > das Verbot der Verwendung von Glyphosat auf vom Staat bewirtschafteten Flächen.

Schliesslich haben einige Initiativen zwar zu bedeutenden Fortschritten geführt, erfordern indes weiterhin eine aktive Begleitung, um Rückschritte zu verhindern. Dies ist beispielsweise der Fall für die Massnahmen zur Verringerung der Risiken für Gewässer, die von Pflanzenschutzmitteln ausgehen, oder die Begleitung von Restaurants, die der Charta «Regional Kochen» beigetreten sind. Diese Massnahmen werden im Rahmen des Aktionsplans 2027–2031 weitergeführt werden, wobei ihre Stabilisierung besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, gewissermassen als **Hausaufgabe**.

2.2 Wichtiger Effekt: Die nachhaltige Entwicklung wird zur Angelegenheit aller

Nach vier Jahren Umsetzung sind bereits erste Ergebnisse sichtbar. Auch wenn der Aktionsplan 2021–2026 noch läuft, kann eine erste Bilanz der laufenden Massnahmen gezogen werden. In allen Bereichen und Zielen der Agenda 2030 wurden Fortschritte erzielt, die sich gegenseitig positiv beeinflussen (z. B. reduziert eine Verringerung der Prekarität die Anfälligkeit für psychische Störungen und ermöglicht es Eltern, mehr Zeit für ihre Kinder aufzuwenden; ein sozial verantwortliches Unternehmen garantiert gute Arbeitsbedingungen – keine Schwarzarbeit usw. – und reduziert gleichzeitig die Folgen seiner Aktivitäten auf Umwelt und Klima). Eine solche gegenseitige Abhängigkeit hat zur Folge, dass die Zielerreichung des Aktionsplans nicht immer linear gemessen werden kann, dass sie manchmal mit einer gewissen Verzögerung eintritt und dass sie auch als Input gewertet werden kann. Schliesslich müssen neben der Zielerreichung auch die entstandenen Synergien und Kooperationen gewürdigt werden.

Die getroffenen Massnahmen hatten folgende kumulative Wirkung oder trugen wesentlich dazu bei:

Präventive Wirkung – Vorbeugung und geringere Kosten: Durch frühzeitiges Eingreifen lassen sich staatliche Kosten, Schwierigkeiten für einen bestimmten Bevölkerungsteil und Umweltschäden vermeiden. In diesem Zusammenhang können die Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die Prävention von Suchterkrankungen, die Eingliederung oder Erhaltung des Arbeitsplatzes von Jugendlichen und benachteiligten Personen sowie die frühzeitige und schadensarme Lösung von Konflikten um natürliche Ressourcen genannt werden.

Korrektur von Marktversagen: Natürliche Ressourcen sind wertvoll. Ihre Verschwendung ist ein Zeichen für Marktversagen. Eine Lebensmittelbank trägt durch die Weitergabe von Lebensmitteln, bevor diese verderben, dazu bei, ein solches Versagen zu beheben, ebenso wie Massnahmen zugunsten der Kreislaufwirtschaft. Davon profitieren auch Menschen in prekären Lebenssituationen und die lokale Beschäftigung.

Nachhaltigkeit wird zu einer gesellschaftlichen Aufgabe: Massnahmen, die die Fähigkeit der gesellschaftlichen Akteure, zur nachhaltigen Entwicklung beizutragen, stärken, entlasten langfristig die öffentliche Hand und fördern einen lokal angepassten Wandel. So nahmen Hunderte von Menschen an den kantonalen Nachhaltigkeitstagen teil. Gemeinnützige Projekte von Freiburger Vereinen oder Gemeinden können sich nun für eine Projektförderung bewerben. Und schliesslich kann jede Organisation ihre Projekte mit einem Online-Tool und einer ebenfalls online verfügbaren Mikro-Schulung auf ihre Nachhaltigkeit hin bewerten.

Gemeinden sind besser dafür gerüstet, um zugunsten der Nachhaltigkeit zu handeln: Dank des Aktionsplans 2021–2026 stehen den Gemeinden Planungshilfen für die Gewässerbewirtschaftung und ein (online verfügbarer) Massnahmenkatalog für nachhaltige Entwicklung zur Verfügung.

Unternehmen sind besser in der Lage, einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft und die Umwelt zu nehmen: Beispiele wären die Gemeinschaftsgastronomie mit der Charta «Regional Kochen» und die verstärkte Zusammenarbeit mit

Wirtschaftsverbänden, um Instrumente zur Förderung der Gleichstellung in Unternehmen bekannt zu machen. Die Roadmap Kreislaufwirtschaft soll Unternehmen dazu ermutigen, dieses Geschäftsmodell zu übernehmen, wenn es sinnvoll ist. Schliesslich verleiht der IFF-Preis Sustainability den Nachhaltigkeitsbemühungen von Unternehmen echte Sichtbarkeit.

Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Stellen: Eine kantonale Verwaltung, die intern, aber auch mit den Gemeinden und dem Bund gut koordiniert ist, kann die Querschnitteffekte der Nachhaltigkeit voll ausschöpfen. Dieser Trend zeigt sich in der Schaffung produktiver Netzwerke innerhalb der Verwaltung (BNE-Netzwerk, Netzwerk von Ansprechpersonen, die die treibende Kräfte des vorliegenden Aktionsplans sind, Zusammenarbeit zwischen den Direktionen für die Roadmap Kreislaufwirtschaft, kantonale Konsultativkommission für Nachhaltigkeit, in der Bund und Gemeinden vertreten sind).

Stärkung der Vorbildfunktion des Staats: Die Vorbildfunktion des Staats ist unerlässlich, um Akteure aus der Privatwirtschaft zu motivieren. Die Einbeziehung von Nachhaltigkeitskriterien in das öffentliche Beschaffungswesen führt zu Einsparungen über den gesamten Lebenszyklus und fördert Innovationen. Dieser Trend wurde durch Schulungen und die Einführung von Beschaffungskriterien in den Bereichen Bauwesen, Gastronomie, Textilien und Fahrzeuge angestossen. Nur wenn der Staat selbst vorbildlich handelt, kann er von privaten Akteuren erwarten, dass sie dies auf freiwilliger Basis ebenfalls tun.

Zielgerichtete und relevante Entscheidungen dank vorab durchgeführter Überlegungen: Um wirklich wirksame Massnahmen umsetzen zu können, ist es manchmal nötig, vorab Studien durchzuführen und bestehende Lösungen zu vergleichen. Solche Studien wurden zu folgenden Themen durchgeführt: Faktoren, die die prekäre Lage verschärfen, sozioökonomische Lage der Landwirtschaft, Diagnosen zum Zustand der staatlichen Gebäude hinsichtlich Schadstoffen und Energieverbrauch, um eine genaue Planung der künftigen Instandhaltungs- und Sanierungsmassnahmen zu ermöglichen, Qualität des Grundwassers, Konzept für eine korrekte Kartierung der Böden.

Förderung von Innovation: Neben innovationsfördernden Massnahmen wie die nachhaltige Beschaffung wurde der IFF-Preis Sustainability ins Leben gerufen.

2.3 Konkrete Ergebnisse für die Freiburger Bevölkerung und die Wirtschaft

Seit 2021 wurden konkrete Fortschritte im **Kampf gegen Armut und für den Zugang zu Beschäftigung** erzielt: Die Freiburger Bevölkerung in prekären Verhältnissen kann nun die Dienste einer Lebensmittelbank in Anspruch nehmen, die jedes Jahr Zehntausende Kilogramm Lebensmittel verteilt und gleichzeitig die Verschwendung von Lebensmitteln reduziert. Neue Informationssysteme ermöglichen es Menschen in schwierigen Lebenssituationen – beispielsweise nach einer Trennung – ihre Ansprüche auf Sozialleistungen nicht zu verpassen. Zum Schluss: Mehr als 800 vulnerable junge und ältere Personen haben von einer Kompetenzbilanz oder einem HR-Coaching profitiert, wodurch sie ihre Beschäftigungsfähigkeit verlängern oder in den Arbeitsmarkt eintreten konnten.

Rund 30 Einrichtungen der Gemeinschaftsgastronomie wenden inzwischen eine Charta für die Verpflegung an, die eine **lokale, ausgewogene und ökologische Ernährung** fördert und über eine spezielle Plattform, die derzeit entwickelt wird, in direktem Kontakt mit den Produzentinnen und Produzenten steht. Die Begleitung der Einrichtungen wird auch in Zukunft noch Ressourcen erfordern. In diesem Sinne werden jedes Jahr mehrere Freiburger Initiativen zur Förderung **kurzer Lieferketten** über die Plattform Star'Terre unterstützt. Der Staat verfügt nun über ein detailliertes Bild der sozialen Lage der Landwirtinnen und Landwirte, was eine gezieltere und präventive Begleitung ermöglicht. Schliesslich tragen auch die Umweltbemühungen Früchte: Die Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf die Gewässer sind zurückgegangen und auf den staatlichen Grundstücken wird bis auf wenige Ausnahmen kein Glyphosat mehr eingesetzt, da der Grundsatz des integrierten Pflanzenschutzes angewendet wird.

Für **Kinder und Jugendliche**, die mit der psychischen Labilität eines Elternteils konfrontiert sind, steht nun ein Begleitangebot zur Verfügung. Dieses innovative Konzept schliesst eine wichtige Lücke im Versorgungsangebot und bietet einer besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppe gezielte Unterstützung. Für Jugendliche gibt es zudem ein neues Angebot zur Alkoholprävention und eine angepasste Begleitung bei Alkoholvergiftungen.

Es wurde ein **Netzwerk für Bildung für nachhaltige Entwicklung** gegründet. Es vereint zahlreiche Lehrpersonen aus dem Kanton, die sich regelmässig zum Erfahrungsaustausch treffen. Dank des Aktionsplans hat sich seit 2021 die Zahl der Schulen, die dem Freiburger Netzwerk gesundheitsfördernder und nachhaltiger Schulen (Schulnetz21) beitreten, beschleunigt: 20 neue Mitgliedsschulen in vier Jahren gegenüber 12 in den zwölf Jahren zuvor. Diese Dynamik stärkt die Kompetenzen künftiger Generationen im Umgang mit den ökologischen und sozialen Herausforderungen.

Dank der Bemühungen des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) besteht nun eine Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsdachverbänden des Kantons zur Förderung der Gleichstellung in den Unternehmen. Das GFB hat einen Ansatz für die **Gleichstellung** in Unternehmen entwickelt, der sich auf zehn Schwerpunkte stützt und in einer Broschüre zusammengefasst ist, die an rund 530 Freiburger Unternehmen verteilt wurde. Das GFB bietet Bachelor-Studierenden der HSW Schulungen zum Thema Gleichstellung in Unternehmen an. Darüber hinaus steigt der Frauenanteil in der Zentralverwaltung des Staats Freiburg (von 55,4 % im Jahr 2014 auf 58,1 % im Jahr 2020).

Die Antenne Nachhaltige Quartiere bietet Gemeinden und Quartiervereinen nun eine Beratungsstelle für die Integration von Nachhaltigkeitskriterien in die **Stadtplanung**. Sie erleichtert die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte und unterstützt gleichzeitig den Übergang zu ressourcenschonenderen Quartieren. Des Weiteren ist ein gesteigertes Bewusstsein für die Bedeutung einer massvollen Bodennutzung zu beobachten. Nicht zuletzt wurden in alle Studienaufträge für Chamblieux-Bertigny ehrgeizige Anforderungen an die soziale und ökologische Nachhaltigkeit aufgenommen, die in andere Projekte übernommen werden können.

Der Kanton Freiburg verfügt nun über eine **Roadmap Kreislaufwirtschaft**, die gemeinsam von der RIMU, der VWBD und der HES-SO erarbeitet wurde. Freiburg ist

damit einer der ersten Kantone, der einen solchen Ansatz verfolgt und einen Rahmen für eine effizientere Bewirtschaftung der Ressourcen (insbesondere Biomasse und Baumaterialien) schafft. Es wurde eine Ansprechperson für Kreislaufwirtschaft benannt (in der VWBD), die eng mit den Akteuren vor Ort zusammenarbeitet. Das HBA hat Ressourcendiagnosen für Gebäude durchgeführt, die abgerissen oder renoviert werden sollen, um die wiederverwendbaren Materialien zu identifizieren. Darüber hinaus wurde die Kategorie «Cleantech» des IFF-Preises in die Kategorie «Sustainability» umgewandelt.

Die Mitarbeitenden des Kantons und der Gemeinden können nun zwei jährliche Schulungen zum Thema **nachhaltige öffentliche Beschaffungen** absolvieren, die im Weiterbildungskatalog des Kantons angeboten werden. Im Jahr 2023 wurde die Nachhaltigkeit im öffentlichen Beschaffungswesen formell in das kantonale Recht aufgenommen. Konkret gibt es bereits mehrere Beispiele für diese Entwicklung: Cafeterias, die im Rahmen einer Ausschreibung vergeben werden, müssen ein gesundes und umweltfreundliches Angebot anbieten. Die Staatsgebäude müssen den Kriterien des SNBS (Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz) entsprechen. Bei Strassenbauarbeiten muss ein bestimmter Anteil an recycelten Materialien (Ausbauasphalt, Kies) verwendet werden. Im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung sind weitere Schritte in Vorbereitung.

Für mehrere Grundwasserentnahmestellen zur Trinkwasserversorgung ist die Beseitigung von **Wassernutzungskonflikten** geplant, wodurch das Kontaminationsrisiko verringert wird. Der Bedarf an Kläranlagen wurde in mehreren Regionen nach Prioritäten geordnet und unter Berücksichtigung von Konflikten mit anderen Interessen ermittelt. Die chronischen Verschmutzungsquellen wurden identifiziert.

Seit 2021 haben mehr als 500 vulnerable Menschen eine Kompetenzbilanz erhalten und damit ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessert. Dank einer wirksameren Kommunikation sind diese Leistungen nun besser bekannt und werden häufiger in Anspruch genommen, sodass die Wartezeit für einen Zugang derzeit acht Wochen beträgt. Darüber hinaus wurden 300 **junge Erwachsene** bei der Vorbereitung ihrer Bewerbungsunterlagen unterstützt, was ihnen half, ihre Kompetenzen zu klären, ein Berufsprojekt zu entwickeln und sich auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten; dies wirkte sich wiederum positiv auf ihre Eingliederung aus. Über 150 Jugendliche profitierten zudem von einer sozialpädagogischen Begleitung, die andere Formen des Engagements als die berufliche Eingliederung förderte und so zur Stabilisierung ihres Lebenswegs beitrug. Schliesslich haben die Jugendlichen, ihre Familien und die Fachleute heute einen besseren Zugang zu Informationen über die bestehenden Angebote.

Wohnungen für **Betagte** wurden bewertet und sicherer gemacht, insbesondere um Stürze zu verhindern. Die Website Qualidomum hat das Bewusstsein für die Bedeutung der Anpassung von Wohnungen an die Bedürfnisse älterer Menschen geschärft und insbesondere das Interesse von Fachleuten aus der Immobilienbranche geweckt. Durch die Zusammenarbeit mit mehreren Architektinnen und Architekten konnte die Website bereichert werden.

Freiburger Vereine und Gemeinden, die **Projekte mit positiven sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen** entwickeln möchten, können diese dank einer

neu geschaffenen Projektausschreibung für nachhaltige Entwicklung in Zusammenarbeit mit der HSW verwirklichen. Seit 2021 haben fast 350 Personen an den mittlerweile weitem bekannten kantonalen Nachhaltigkeitstagen teilgenommen. Diese Treffen befassten sich mit Themen wie ökologische und inklusive Quartiere, verantwortungsbewusster Tourismus, sparsamer Konsum oder ethische Finanzen und stärken die Handlungsfähigkeit der Teilnehmenden. Parallel dazu lernten 600 Schülerinnen und Schüler aus 33 Klassen, wie man ein nachhaltiges Quartier plant.

Schliesslich wurde mit der Verordnung über die **Nachhaltigkeitsgovernance** ein rechtlicher Rahmen geschaffen, der eine bessere Berücksichtigung der Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung in allen Direktionen gewährleistet. Mit dieser Verordnung wurde ein internes Netzwerk von Ansprechpersonen und eine kantonale Kommission formell eingeführt und die systematische Verwendung von mit den anderen Kantonen harmonisierten Indikatoren verankert. Die Nachhaltigkeitsgovernance wurde auch durch das Beurteilungsinstrument Kompass21 gestärkt, das überarbeitet wurde und allen Interessierten zur Verfügung steht. Das Instrument wird durch eine kurze Online-Schulung zu seiner Verwendung ergänzt. Im Hinblick auf eine gute Governance werden in den Auftragsschreibern der staatlichen Vertreter in Unternehmen zunehmend Nachhaltigkeitsziele verankert.

Diese Ergebnisse sind das Verdienst der Direktionen des Staats, die alle an der Umsetzung des Aktionsplans 2021–2026 mitgewirkt haben. Sie zeigen, dass sich etwas bewegt – manchmal langsam, aber immer spürbar. Auch wenn manche Herausforderungen nicht von heute auf morgen bewältigt werden können, ist eine Dynamik der Veränderung in Gang gekommen, die weitergeführt werden muss. Nun gilt es, diese positiven Effekte langfristig zu festigen, damit die erzielten Fortschritte zu soliden Errungenschaften werden.

2.4 Feedback der Projektträgerinnen und -träger: Was hat funktioniert, was weniger gut?

Eine bei den Projektträgerinnen und -trägern in allen Direktionen durchgeführte Umfrage bestätigt die konkreten und positiven Auswirkungen des Aktionsplans 2021–2026. Die Befragten heben hervor, dass der Aktionsplan die Einführung neuer Dienstleistungen, die Entwicklung innovativer öffentlicher Politiken, die Erreichung neuer Zielgruppen, die schnellere Umsetzung bestimmter Instrumente und die Stärkung der Zusammenarbeit und Synergien zwischen den Ämtern ermöglicht hat, wodurch ein positiver Wettbewerb entstanden ist. Ferner wird sein Beitrag zur Sensibilisierung der Teams für Nachhaltigkeit und zur Förderung innovativer Ideen hervorgehoben. Insgesamt wird er als roter Faden wahrgenommen, als ein wesentliches Instrument, um die Massnahmen des Staats für eine nachhaltige Gesellschaft zu steuern und gleichzeitig einen solchen Ansatz innerhalb der Verwaltung zu legitimieren.

Die Projektträgerinnen und -träger nennen folgende Erfolgsfaktoren: genügend Zeit, finanzielle Ressourcen, aber auch eine gute Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ämtern. Als hinderlich wurden auf der anderen Seite mangelnde Ressourcen – vor allem Zeit –, konkurrierende Prioritäten, mangelnde Kooperationsbereitschaft oder fehlende Unterstützung durch die Vorgesetzten genannt.

Auf der Grundlage der mit den Projektverantwortlichen durchgeführten Bestandsaufnahme werden im Aktionsplan 2027–2031 die Prioritäten neu ausgerichtet. Er legt den Schwerpunkt auf Massnahmen, die Synergien zwischen den Ämtern schaffen, wobei zuvor sichergestellt wird, dass die Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden ist. Diese notwendige Zusammenarbeit, zu der sich die betroffenen Direktionen und Ämter im Vorfeld verpflichtet haben, wird in der Beschreibung jeder Massnahme hervorgehoben. Die Zahl der Massnahmen wurde reduziert, um die verfügbaren Ressourcen zu bündeln. Schliesslich werden die Verknüpfungen und die Komplementarität mit den bestehenden thematischen Querschnittsstrategien (kantonale Biodiversitätsstrategie, kantonaler Klimaplan, kantonales Integrationsprogramm usw.) sowohl im Text als auch grafisch dargestellt.

3

Die Herausforderungen: Viele Gründe zum Handeln

—

Trotz der Fortschritte mit dem Aktionsplan 2021–2026 und der Fortschritte in anderen öffentlichen Sektoren ist der Handlungsspielraum nicht ausgeschöpft, da sich die Gesellschaft über den Einflussbereich des Staats hinaus entwickelt.

Junge Menschen sind in vielerlei Hinsicht gefährdet: Einige haben Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben, andere leiden unter psychischen Problemen (Selbstmord ist die häufigste Todesursache bei 15- bis 29-Jährigen), gehen Risiken ein (E-Zigaretten, Bewegungsmangel) oder beteiligen sich kaum am gesellschaftlichen Leben. Drei Viertel aller psychischen Probleme treten vor dem 18. Lebensjahr auf, weshalb Prävention bereits in jungen Jahren unerlässlich ist. Mehrere Massnahmen des neuen Aktionsplans richten sich daher an diese Zielgruppe mit dem Hauptziel, die psychische Gesundheit zu stärken. Frauen sind nach wie vor mit beruflichen Ungleichheiten konfrontiert. Als Beispiel können die Unterrepräsentation in Führungspositionen (30,3 % in Freiburg) und die weiterhin bestehenden unerklärten Lohnunterschiede genannt werden. So ist vorgesehen, die berufliche Teilhabe von Frauen über den Aktionsplan zu fördern, wobei positive wirtschaftliche Auswirkungen erwartet werden. Zum Schluss: Menschen in prekären Verhältnissen, darunter Rentnerinnen und Rentner mit geringem Einkommen, kennen oft ihre Rechte nicht. Der daraus folgende Verzicht auf Rechte kann wirtschaftliche Ungleichheiten verstärken. Der Aktionsplan 2027–2031 versucht, dieser Problematik mit einem Pilotprojekt für soziale Sprechstunden zu begegnen.

Darüber hinaus werden bestimmte Themen noch immer isoliert behandelt. Die öffentliche Politik neigt dazu, in Silos zu funktionieren: So werden beispielsweise Themen wie Gleichstellung, Migration oder Kleinkinder nicht immer in andere Politikbereiche (Raumplanung, Bildung usw.) integriert, obwohl letztere einen direkten Einfluss haben. Dieser Mangel an Querschnittsdenken schränkt die Wirksamkeit der unternommenen Anstrengungen ein. Dies gilt auch für die Frage der Betagten, deren Zahl in den kommenden Jahren deutlich zunehmen wird: +30 % bis 2030, +66 % bei den über 90-Jährigen. Ihre besonderen Bedürfnisse werden jedoch in der Wohnungs-, Gesundheits- und Mobilitätspolitik noch zu wenig berücksichtigt. Der Aktionsplan 2027–2031 sieht

daher neue Projekte zur Stärkung der Selbstständigkeit der Seniorinnen und Senioren vor, insbesondere durch einen besseren Zugang zur sanften Mobilität und eine angemessene Gestaltung von Wohnraum, was zu weniger Isolation, weniger Stürzen und einer besseren Versorgung zu Hause führt.

Weiter gibt es immer weniger naturnahe Böden: In der Schweiz verschwindet jede Sekunde ein halber Quadratmeter Boden und in Freiburg sind nur 2 % der Böden kartografiert, was einen wirksamen Schutz verunmöglicht. Die Erhaltung der Trinkwasserressourcen ist angesichts des Klimawandels und der Urbanisierung eine wichtige Herausforderung. Was die Ressourcen angeht, ist die Kreislauf-Materialnutzungsquote, also der Anteil der wiederverwerteten Abfälle am gesamten Materialverbrauch, in der Schweiz nach wie vor niedrig: Im Jahr 2022 lag sie bei 13,5 %. Das bedeutet, dass ein Grossteil der von uns verbrauchten Materialien nicht wiederverwendet wird – ein ökologisches, aber auch wirtschaftliches und geopolitisches Risiko.

Der Aktionsplan 2027–2031 will diese Probleme mit einem systemischen Ansatz in Angriff nehmen, mit Massnahmen, die mehrere Herausforderungen gleichzeitig angehen. So ermöglicht beispielsweise die Entwicklung von Wirtschaftsmodellen, die auf der Kreislaufwirtschaft basieren, gleichzeitig die Reduzierung von Abfällen, die Begrenzung von Emissionen und die Sicherung der Ressourcenversorgung, was sich positiv auf die Beschäftigung und das BIP auswirkt. Die Ausbildung von Arbeitslosen in Berufen im Zusammenhang mit der Energiewende erhöht die Zahl der verfügbaren Fachkräfte und senkt gleichzeitig die Arbeitslosigkeit. Und die Sensibilisierung für Einweg-E-Zigaretten kann sowohl deren Auswirkungen auf die Gesundheit als auf die Umwelt thematisieren.